Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

9 (12.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 9 — **Dienstag, den 12. Januar 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen kann, hat in der ganzen Welt ein starkes Echo ausgelöst. Am schärfsten ist die Haltung in Frankreich.

•

Die Verhandlungen in der Reichspräsidentenwahl sind am Montag weitergeführt worden; es wird eine Volkswahl Hindenburgs erwogen.

•

Die BIZ. hat ihren Anteil von 25 Millionen Dollar an dem 100-Millionen-Dollar-Kredit auf drei Monate verlängert.

•

Bei den Gemeinde- und Kreiswahlen in Lippe-Detmold haben Nationalsozialisten und Kommunisten starke Erfolge errungen.

•

Die Besprechung zwischen dem Preiskommissar, den Vertretern der Länder und den Beauftragten des Reichskommissars für Bayern und Sachsen ergab Uebereinstimmung über die bisherigen Maßnahmen und die weiter in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

•

Wie in Tokio verlautet, hat General Feng am Montag seine Truppen aus der Provinz Schansi nach Peking in Marsch gesetzt, wo er General Tschang stürzen und eine neue Regierung bilden will.

•

Alle Bemühungen, auch an die letzten sieben verschütteten Bergleute auf der Karsten-Zentrum-Grube heranzugelangen, waren bisher ohne Ergebnis. Alle anderslautenden Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Irgendein Lebenszeichen von ihnen ist nicht zu vernehmen.

Die Verwaltungsratssitzung der BIZ.

Verlängerung des Reichsbankkredits durch die BIZ.

Basel, 11. Jan. Der Verwaltungsrat der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich hat beschlossen, den Präsidenten der Bank zu ermächtigen, den der Reichsbank gewährten, am 4. Februar 1932 fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar für einen Zeitraum bis zu 3 Monaten zu erneuern, wenn die anderen, am Kredit beteiligten Notenbanken ihren Anteil zu den gleichen Bedingungen verlängern. Bekanntlich haben die Bank von England, die Bank von Frankreich und die Federal Reserve Bank von Neuyork je 25 Millionen Dollar für den Gesamtkredit von 100 Millionen gegeben.

Der Verwaltungsrat der BIZ. ist nach zweimonatiger Unterbrechung vollzählig zu seiner 17. Tagung zusammengetreten. Den Verhandlungen, die Präsident Mac Garrah leitete, wohnten deutscherseits bei Reichsbankpräsident Dr. Luther, Dr. Melchior und Generaldirektor Reusch. Der Verwaltungsrat wird die **Kreditwünsche Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns** und **Jugoslawiens** auf Verlängerung bereits gegebener Kredite zu behandeln haben. Ueber diese Fragen wurden gestern unter den Notenbankleitern bereits eingehende Besprechungen gepflogen.

Basel, 11. Jan. Der Verwaltungsrat der BIZ. hat in seiner heutigen 17. Sitzung außer der bereits gemeldeten **Verlängerung des 100 Millionen Dollarkredites der Deutschen Reichsbank**, wobei Voraussetzung ist, daß auch die Bank von England die Bank von Frankreich und die Federal Reserve Bank in Neuyork ihren Anteil mit je 25 Millionen Dollar bis zu 3 Monaten verlängern, gleichlautende Beschlüsse auch hinsichtlich der anderen an ihn gelangten Kreditwünsche gefaßt. So wurde der der **österreichischen Nationalbank** gewährte am 16. ds. Mts **fällige Kredit** unter gleichen Voraussetzungen **für drei Monate verlängert**, ebenso der der **ungarischen Nationalbank** gegebene Kredit, der am 18. Januar fällig gewesen wäre. Der Anteil der BIZ. an diesen Währungskrediten beträgt nur einen nicht zu bedeutenden Teil [illegible] langfristigen Anlagen, gemessen an der Gesamthöhe der der [illegible] zur Verfügung stehenden Mittel.

*

[illegible]kreich verlängert den Rediskontkredit nur bis 4. März

T.U. **Berlin** 11. Jan. Der „Matin" erklärt im Zusammenhang mit der Baseler Sitzung der B.I.Z., daß der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, den Verwaltungsrat der B.I.Z. davon verständigt habe, daß die Genehmigung Frankreichs zur Verlängerung des Reichsbank-Rediskontkredites über einen Monat hinaus (also über den 4. März hinaus. Die Red.) sehr unwahrscheinlich sei. Das Blatt fügt hinzu, daß unter diesen Umständen die Rechte Frankreichs vollkommen gewahrt seien, da der Einspruch des französischen Vertreters genüge, um die Verlängerung der Hälfte des 100 Millionen Dollar-Kredites, nämlich 25 Millionen der Bank von Frankreich und 25 Millionen der B.I.Z. zu verhindern.

Der Verwaltungsrat der B.I.Z. in Basel hat bekanntlich Montag mittag den Kredit bedingt um drei Monate verlängert.

Hugenberg und Hitler lehnen ab

Einigung zwischen Hitler und Hugenberg

Ablehnung der parlamentarischen Verlängerung —

Berlin, 11. Jan. Wie der Contidienst erfährt, hat die Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg am Montag nachmittag zu einer Einigung geführt. Die beiden Parteiführer werden dem Reichskanzler in einem Schreiben mitteilen, daß sie den verfassungsändernden, also den parlamentarischen Weg einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ablehnen. — In unterrichteten Kreisen rechnet man aber damit, daß die Antwort die Möglichkeit einer Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis nicht verschließt.

*

Das Ergebnis der Besprechungen Hugenberg-Hitler, Brünings Vorschlag abgelehnt.

T.U. Berlin, 11. Jan. Die Unterredung zwischen Hugenberg und Hitler über den Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Brüning, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag vornehmen zu lassen, führte zu der gemeinsamen Ueberzeugung, daß diese Maßnahme aus verfassungsrechtlichen Bedenken abzulehnen sei. Es wurde daher beschlossen, eine gleichlautende Erklärung dem Reichskanzler zu übermitteln. Der Vorschlag, Hindenburg durch den Reichstag neu wählen zu lassen, ist damit gescheitert. Im Vordergrund der politischen Besprechungen steht nunmehr die Frage, ob es möglich ist, seine Wiederwahl durch das Volk vornehmen zu lassen.

Von deutschnationaler Seite verlautet hierzu, daß über die rechtmäßige Präsidentenwahl noch nicht gesprochen worden sei. Die Stellungnahme zu dieser Frage werde von der weiteren politischen Entwicklung abhängen.

Der Wortlaut der Mitteilung an den Reichskanzler wird noch voraussichtlich heute abend veröffentlicht.

•

Veröffentlichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers erst Dienstag.

T.U. **Berlin**, 11. Jan. Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten werden dem Reichskanzler getrennte Erklärungen übermitteln. Mit der Veröffentlichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers ist erst im Laufe des Dienstag vormittag zu rechnen.

Die Frage der Wiederwahl Hindenburgs voraussichtlich erst im Februar aktuell.

T.U. **Berlin**, 11. Jan. Mit der Ueberreichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers an den Reichskanzler dürfte die Aktion Brünings abgeschlossen sein. Irgendwelche weiteren amtlichen Schritte zur Klärung der Frage der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk werden in unterrichteten Kreisen jedenfalls vorerst nicht erwartet, es sei denn, daß die Parteien untereinander hierüber Besprechungen abhalten. Man nimmt an, daß erst etwa Anfang Februar von der zuständigen Stelle mit den Parteien darüber Fühlung genommen wird, ob es möglich ist, Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten der Rechts- und Mittelparteien, möglicherweise auch der Sozialdemokratie wieder aufzustellen.

Für den genaueren Zeitpunkt hierfür dürfte die Frage von Bedeutung sein, wann der Reichstag wieder zusammentritt, da er dann u. a. die Frage zu erledigen haben wird, wann die verfassungsmäßige Neuwahl des Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Die Neuwahl muß bis zum 5. Mai erfolgt sein. Ursprünglich war der 13. März für den ersten Wahlgang in Aussicht genommen. Es ist aber nicht unmöglich, daß dieser Termin nun auf einen früheren Tag angesetzt wird. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidaten wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden und eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgange würde dann gesichert sein.

Der Reichskanzler dürfte wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen erstatten.

Zum Scheitern der Bemühungen Brünings.

T.U. **Berlin**, 12. Jan. Zum Scheitern der Bemühungen des Reichskanzlers schreibt die „Germania" u. a.: Wenn auch eine Aeußerung des politischen Willens der Nation gerade gegenwärtig das Vertrauen der ganzen Welt in die inneren deutschen Verhältnisse außerordentlich günstig beeinflußt haben werde, so sei doch zu betonen, daß es in dieser Frage nicht in erster Linie auf die Methoden ankomme, über die man sich jetzt nicht habe einig werden können, sondern daß im Brennpunkt des Interesses das Endziel stehe, eine Möglichkeit dafür zu schaffen, den gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg diesen Pflicht- und Charaktermenschen auf dem Präsidentenstuhl auch weiterhin dem deutschen Volk in seinem verantwortungsvollen Amt zu erhalten.

Die „D.A.Z." schreibt, die Verhandlungen hätten im Laufe des Montag eine wichtige Wendung genommen. Die Einigung werde nunmehr auf dem Wege der regulären Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk führen. Reichskanzler Brüning habe am Montag die Landvolksparteiler von Hauenschild und Döbrich, die Staatsparteiler Weber und Meyer, den Wirtschaftsparteiler Mollath und den Volksnationalen Bornemann empfangen. Heute würden sich die Besprechungen mit dem Christlichsozialen Simpfendörfer und dem Bayerischen Volksparteiler Leicht anschließen. Mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage werde empfohlen, den ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl bereits am 21. oder 28. Februar stattfinden zu lassen. Der „Vorwärts" schreibt zu dem Plan, Hindenburg als alleinigen Kandidaten aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zur Volkswahl zu stellen, solange nicht eine Erklärung sämtlicher in Betracht kommender Parteien vorliege, dürfte der Reichspräsident kaum seine Bereitwilligkeit erklären, eine neue Kandidatur anzunehmen. Eine solche Erklärung der Parteien liege aber nicht vor. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei sei keinerlei Bindungen eingegangen und besitze nach jeder Richtung volle Handlungsfreiheit.

*

Staatspartei stimmt der Wiederwahl Hindenburgs zu

Berlin, 11. Jan Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute nachmittag die Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei Dr. Weber und Dr. Meyer und gab ihnen über die von ihm eingeleiteten Schritte zur Präsidentenwahl Auskunft. **Die Vertreter der Staatspartei brachten ihre volle Zustimmung zu den Bemühungen um eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zum Ausdruck.** Im Anschluß daran wurden Fragen der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik besprochen.

•

Düsterberg über die Frage der Reichspräsidentenwahl

Gotha, 11. Jan. Auf einer **Führertagung des Stahlhelms, Gau** Thüringen, erklärte Düsterberg zur Reichspräsidentenfrage u. a.: Der Stahlhelm **lehnt eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ab.**

Die geretteten Bergleute berichten

Beuthen, 10. Jan. Ueber den Hergang der Rettung der sieben auf Karsten-Zentrum von den 14 eingeschlossenen Bergleuten erfahren wir u. a.: Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr kam der Bohrer der Rettungsmannschaft mitten in einen leeren Raum. Diese Tatsache wirkte auf die Mannschaft wie ein elektrischer Schlag, denn sie bedeutete, daß die Strecke dahinter nicht verbrochen war. Das entstandene Bohrloch wurde mit größter Vorsicht erweitert und man hörte alsbald auch Klopfzeichen, die sofort erwidert wurden. Als die Oeffnung groß genug war, wurde in sie hineingeleuchtet. Zu aller Erstaunen und zur freudigen Ueberraschung sah man 5 Bergleute eng aneinander sitzen. Der Held der Eingeschlossenen ist der 30 Jahre alte Rohrleger Slama, dessen Humor und Energie die Kameraden vor dem Aeußersten bewahrt hat und der sie immer wieder aufmunterte.

Wie die Geretteten erzählen, haben sie von Brotresten gelebt, und ihren Durst gestillt, indem sie das am Kalkpreßluftrohr infolge der Untertage-Hitze entstandene Schweißwasser der Reihe nach ableckten. Wie sie weiter erzählen, sind sie bei dem Gebirgsschlag zunächst zerstreut worden. Einer hat dann immer nach dem anderen gesucht, bis sie endlich zu sieben beisammen waren. In den ersten fünf Stunden waren sie ohne Licht, dann fanden sie durch einen glücklichen Umstand Streichhölzer und noch etwas Karbid, daß sie mit äußerster Sparsamkeit benutzten. Sie wußten ganz genau, daß heute Sonntag war.

Das erste, was die Geretteten verlangten, waren Zigaretten; sie wurden ihnen sofort gegeben. Gleichfalls verlangtes Getränk wurde nur nach ärztlicher Anordnung mit größter Vorsicht und schluckweise verabreicht.

*

Der Reichspräsident zur Rettung der schlesischen Bergleute

Berlin, 11. Jan. Die Schlesische Bergwerks- und Hütten AG. hat dem Herrn Reichspräsidenten telegraphisch über die Rettung von 7 der Verunglückten berichtet. Der Herr Reichspräsident hat hierauf mit folgendem Telegramm geantwortet: Ich habe mit großer Freude aus ihrem telegraphischen Bericht die Rettung von 7 der auf der Karsten-Zentrums-Grube verunglückten Bergleuten vernommen. Ich spreche der tapferen Rettungsmannschaft Dank und Anerkennung für diese Tat aus. Gott gebe, daß es gelinge, auch die übrigen Verunglückten lebend zu bergen.

gez. v. Hindenburg, Reichspräsident.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Welt vor der Entscheidung

Deutschlands Schritt

Die Reparationsschlacht ist durch die Erklärungen des Reichskanzlers Brüning in ihr entscheidendes Stadium getreten. Die These, daß die **Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich ist,** hat überall in der Welt begreifliches Aufsehen erregt. Daß Deutschland die Reparationszahlungen nicht leisten kann, stand für alle noch vor den Erklärungen Brünings außer jeder Frage. Das Hauptproblem bestand nur darin, ob die Tribute erst vorübergehend für die nächsten Jahre oder für immer fortfallen. Das Weltecho der Erklärung Brünings beweist, daß die Auslands-Oeffentlichkeit sich über diesen Punkt im unklaren ist. Aus der Unterredung des Reichskanzlers mit dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, wie sie ursprünglich veröffentlicht wurde, ging unzweideutig hervor, daß Deutschland für immer Schluß mit den Reparationen macht. Dagegen klingen die Erklärungen Dr. Brünings dem Chefredakteur des WTB. gegenüber nicht so kategorisch. Hier heißt es nur, die Reichsregierung könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die anderen beteiligten Regierungen aufzufordern, die einzige Folgerung, die sich aus der gegebenen Sachlage auf Grund des Baseler Berichts ergibt, zu ziehen und nicht nach Kompromißlösungen zu suchen, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Nun ist bekannt, daß Frankreich es rundweg ablehnt, diese selbstverständlichen Schlußfolgerungen zu ziehen und die Tributzahlungen zu streichen. Die Erklärungen des französischen Finanzministers Flandin haben das erneut bestätigt.

Nachdem der deutsche Standpunkt durch die Erklärungen Dr. Brünings offiziell klargelegt worden ist, liegt es an den anderen Mächten, dazu ebenso klar Stellung zu nehmen. Dies wird auf der **Konferenz Lausanne-Ouchy am 25. Januar geschehen.** Der französische Finanzminister Flandin hat proklamiert, das deutsche Nein, wie es in der Rumbold-Erklärung des Reichskanzlers enthalten sein soll, würde die Lausanner Konferenz überflüssig machen. Diese französische Reaktion auf den deutschen Schritt dürfte nach der letzten Gefühlsaufwallung schließlich doch ausbleiben. Immerhin rechnet Frakreich heute mit der Tatsache, daß Deutschland sich entschieden weigert, Reparationszahlungen zu leisten. Was wird nun Paris tun, das an der Heiligkeit der Verträge um jeden Preis festhält?

Das erste, was die französische Regierung bereits getan hat, war der Versuch, eine **Einheitsfront mit England** zu bilden. In welchem Maße dies gelungen ist, steht augenblicklich noch nicht fest. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß England offiziell gegen Frankreich in diesem Punkte Stellung nehmen wird. Viel wahrscheinlicher dürfte es sein, daß England und Frankreich, aber auch Italien und die übrigen Länder der ehemaligen Entente, ihrerseits die Einstellung ihrer Kriegsschuldenzahlungen an Amerika proklamieren werden. Das Bestreben Frankreichs in der letzten Zeit ging ja überhaupt dahin, eine gesamteuropäische Front, Deutschland mitgerechnet, gegen Amerika, den Hauptgläubiger, zu bilden. Amerika, dem der Großteil der deutschen Tributleistungen zufließt, hat erst vor kurzem sich auf das Entschiedenste geweigert, den europäischen Schuldnern über das Hoover-Jahr hinaus irgendwelchen Zahlungsnachlaß oder auch Zahlungsaufschub zu gewähren. Indessen nimmt man allgemein an, daß das deutsche Nein das Nein der europäischen Schuldner Amerikas automatisch nach sich ziehen würde. Ein Konflikt zwischen Amerika und den Zahlungsverweigerern wäre unter diesen Umständen unvermeidlich.

In diesem Zusammenhange wurde viel beachtet, daß den Erklärungen des Reichskanzlers dessen lange **Beratungen mit den deutschen Botschaftern** in Paris, London und Rom vorangegangen sind. Dr Brüning war über die Wirkung seiner Erklärungen im Auslande keinen Augenblick im unklaren. Daß die Haltung der Reichsregierung in der Reparationsfrage die Zustimmung der weitesten Kreise des deutschen Volkes findet, dürfte dem Ausland auch ohne die Fühlungnahme Brünings mit Hitler und Hugenberg zur Genüge bekannt sein. Man hat es also mit einem wohlberechneten Schritt zu tun, dem eine welthistorische Bedeutung zukommt. Die zivilisierte Welt steht vor der wichtigsten Entscheidung seit dem Waffenstillstand. Entweder wird es gelingen, eine Einigung herbeizuführen, um endlich eine Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu schaffen. Oder aber Europa und mit ihm die gesamte zivilisierte Welt wird an Gegensätzen, die aus Starrsinn und politischer Blindheit hervorgehen, zerschellen

*

Frankreichs Haltung

Schwierigkeiten bei den englisch-französischen Verhandlungen

Paris, 11. Jan. Die Agentur Havas meldet, daß die französische Regierung ihr Verhalten angesichts der **Erklärung des Reichskanzlers** über die Einstellung der Reparationszahlungen **noch nicht festgelegt habe.** Der Ministerrat werde zweifellos am Dienstag hierüber beraten. Auf jeden Fall dürfe man annehmen, daß Frankreich zur Reparationskonferenz, die am 25. Januar in Lausanne zusammentreten wird, erscheinen werde. Auch scheine man in offiziellen Kreisen nicht daran zu denken, an den internationalen Gerichtshof im Haag zu appellieren, was für den Fall einer absichtlichen Verletzung des Youngplanes durch Deutschland vorgeschrieben sei. Daraus folge jedoch nicht, daß die französische Regierung, falls die deutschen führenden Kreise bei ihrer Absicht beharren sollten, ohne jede Waffe dastehe. Die Sachverständigen wiesen z. B darauf hin, daß es möglich wäre, eine besondere Beteuerung nach Art des englischen Recovery-Actes für deutsche Einfuhrerzeugnisse zu schaffen, womit ein besonderer Reparationsfonds Gestalt werden könnte. Andererseits habe die französische Regierung bekanntlich die Bank von Frankreich angewiesen, im Juni vergangenen Jahres an einer weitgehenden **Kreditoperation zugunsten der Reichsbank** teilzunehmen. Das entsprechende Darleben laufe nach wiederholter Erneuerung im Februar ab. **Die französische Regierung werde deshalb in Erwägung zu ziehen haben, ob Anlaß vorliege, es zu erneuern.**

Auch das „Echo de Paris" äußert sich im Sinne der von der Agentur Havas angegebenen möglichen Maßnahmen der französischen Regierung. Das Blatt stellt im übrigen fest, daß die **französisch-englischen Sachverständigenverhandlungen** nur schwer vorankämen. Sir Leith Roß bestehe immer noch auf einem **fünfjährigen Moratorium.** Frankreich verlange nur noch, daß Deutschland für den ungeschützten Teil Reichsbahnobligationen deponiere, aber lediglich in der Bank für internationale Zahlungen, und zwar in Höhe des Kapitalwertes der ungeschützten Annuitäten. Leider habe, sagt das Blatt, Macdonald geglaubt, eine Erklärung abgeben zu sollen, in der der Reichskanzler in Hitler eine Ermutigung erblicken kann.

*

Der Widerhall im Ausland

Französische Stimmen

„Oeuvre" meint, man habe von einer Einigung Europas durch Zusammenarbeit geträumt. Ziehe Reichskanzler **Brüning** es vor, bankerott zu machen? Wenigstens müßten die französischen, wie auch die deutschen Nationalisten wissen, wohin das führe: nämlich weder zum Triumph der einen, noch zur Revanche für die anderen, sondern zum Bolschewismus.

„Quotidien" bezeichnet die durch die Erklärungen des Reichskanzlers geschaffene Lage als **außergewöhnlich ernst,** vor allem, weil der Kanzler gleichzeitig mit den nationalistischen Parteien verhandele.

Der sozialistische **„Populaire"** sagt: Obwohl die deutsche Presse einstimmig jeden Gedanken einer vorläufigen Lösung zurückgewiesen habe, habe man annehmen können, daß die Reichsregierung sich vorsichtiger verhalten würde. Nichtsdestoweniger habe Dr. Brüning nun diese Frage öffentlich aufgerollt. Die Folgen könnten unheilvoll sein, sowohl wirtschaftlich wie politisch.

„Matin" schreibt: Man dürfe sich nicht darüber wundern, daß Reichskanzler Brüning am Vorabend einer Entschädigungskonferenz seine Karten aufdecken zu müssen geglaubt habe. Vielleicht brauche man die amtliche Warnung aus Berlin nur als eine grundsätzliche Genugtuung für Hitler und Schacht anzusehen; aber jetzt sei Lärm geschlagen worden und Frankreich müsse Stellung nehmen und entsprechend handeln.

„Journal" behauptet, die Deutschen seien selbst daran schuld, wenn die Antwort des französischen Finanzministers Flandin auf die Erklärungen Brünings lebhaft gewesen sei; sie sei die unvermeidliche Reaktion gegen die Offensive des Reichskanzlers gewesen.

„Echo de Paris" fragt: Was soll Frankreich angesichts der Erklärungen Brünings tun? Etwa den Internationalen Gerichtshof im Haag anrufen? Es bliebe noch ein anderer Weg: Auf die Gefahr hin, mit der Vorspiegelung der deutsch-französischen Annäherung aufzuräumen, könnte Frankreich sein Mißfallen bei der ersten Gelegenheit zum Ausdruck bringen, bei der Frankreichs direkte oder indirekte Unterstützung nachgesucht würde; **die deutsche Wirtschaft hänge nämlich nur an einem Faden.**

„Figaro" überschreibt seinen Leitartikel: „Der Papierfetzen von Versailles", und sagt: „Verfügt Frankreich über keinerlei Abwehr- oder Zwangsmittel?

„Petit Parisien" behauptet, das Reichskabinett versuche, unter Ausnutzung der verschiedenen Interessen aufs neue, die ehemaligen Verbündeten von den Vereinigten Staaten auseinanderzubringen. Man scheine aber nicht daran gedacht zu haben, daß die deutsche Unnachgiebigkeit in Lausanne **zum völligen Bankerott führen könnte;** damit würden weder die Angelegenheiten Deutschlands noch die seiner privaten Gläubiger geordnet.

Die **„Depeche de Toulouse",** die Streichung der Entschädigungen verlangt hat, kommt jetzt darauf zurück. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß ihre Leser den Vorschlag gebilligt haben. Das Blatt sagt: „Der Erlaß der Entschädigungen kann erst nach der nächsten Konferenz geschehen. Ob diese zu trügerischen Zahlungsstundungen führt oder nicht, ist nebensächlich.

„La Volonte" erklärt: Man muß darauf hinweisen, daß der deutsche Regierungschef laut heraus erklärt hat, was jeder Deutsche bei sich denkt, und was Millionen Menschen in der ganzen Welt einschließlich vieler Franzosen meinen. Gewiß, wenn der Reichskanzler erklärt, daß man jetzt fest entschlossen sei, nicht mehr, überhaupt niemals mehr einen Pfennig für die Reparationen zu zahlen, **dann würde Flandin, der zweifellos ein wenig voreilig gesprochen hat,** mit Recht haben feststellen können, daß die Lausanner Konferenz sich nicht mehr sehr rechtfertigen lasse. Nun sei aber Dr. Brüning nicht so weit gegangen. Er hat keine revoltierende Stellung eingenommen, sondern einfach eine **Erklärung völliger Zahlungsunfähigkeit** für den Augenblick und wahrscheinlicher Zahlungsunfähigkeit für die Zukunft abgegeben. Durch diese deutsche Geste wird nicht etwa der Reparationsgrundsatz, sondern der **Grundsatz der Respektierung der Haager Abkommen mitten ins Gesicht getroffen.** Das brauche, schreibt das Blatt weiter, nicht zu überraschen, denn seit Wochen habe man festgestellt, daß die Lausanner Konferenz nichts regeln könne, ohne den Rahmen des Youngplanes zu verlassen. Man müsse auf jeden Fall ganz Neues erreichen, oder überhaupt nichts.

*

Englische Blätter begrüßen Deutschlands Auffassung?

London, 11. Jan. Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers über die Reparationsfrage werden von allen Blättern in Leitartikeln erörtert. Die Führer der sozialistischen und der Liberalen Partei begrüßen die Erklärung. So sagt das Arbeiterblatt **„Daily Herald":** Dr. **Brünings Erklärung ist eine nützliche Einleitung für die Konferenz** von Lausanne. Jeder mit Wirklichkeitssinn begabte Politiker und Staatsmann weiß, daß Deutschland nie wieder Reparationen bezahlen wird. Deutschland hat nichts weiter gesagt, als einer kindischen Maskerade ein Ende zu machen. Von einer geschlossenen Front der Gegner könne keine Rede sein.

Den gleichen Gedanken äußert auch **„News Chronicle"** und bemerkt: Die Engländer haben die Reparationskrisen herzlich satt und freuen sich, daß Deutschland den Kuchen angeschnitten hat.

Auch die zwei großen konservativen Blätter zeigen volles Verständnis für die deutschen Argumente. **„Times"** bemerkt, wenn man die Erklärung Dr. Brünings lediglich als Mitteilung der Auffassung betrachte, die Deutschland in Lausanne vertreten werde, dann enthalte sie damit nichts besonders Neues oder Ueberraschendes. Jeder Kenner des Baseler Berichts mußte erwarten, daß Deutschland völlige Beseitigung der Reparationen fordern werde. Die Hauptfrage für die Lausanner Konferenz ist, daß es irgendeine wahre Aussicht auf Erholung Deutschlands nicht gebe, solange über seinem Kopfe die Möglichkeit schwebe, zur Wiederaufnahme der Zahlungen aufgefordert zu werden. Von der Lösung dieses Problems hänge so viel für Deutschland wie für seine Gläubiger ab, daß es bei der Erörterung keine politische Erwägungen irgendwelcher Art geben dürfe. Es komme nur auf wirtschaftliche Realitäten an.

„Daily Telegraph" sagt, daß Deutschland jetzt keine Reparationen bezahlen kann, ist klar, aber daß es unfähig sein wird, in drei oder fünf Jahren etwas zu bezahlen, kann heute niemand behaupten. **„Morningpost"** befürchtet, daß jeder Verweigerung politischer Zahlungen eine Verweigerung der Zahlung der kommerziellen Schulden folgen können.

Von den unabhängigen Blättern vertritt **„Daily Mail"** die Ansicht, daß Frankreich endlich einer wesentlichen Herabsetzung der Reparationen zustimmen werde.

„Daily Express" sagt, die Hauptsache sei, daß die deutschen kommerziellen Verpflichtungen von der Erklärung Dr. Brünings unberührt bleiben.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[2

Und Elme hatte in den letzten Jahren oft an diese Worte ihrer verstorbenen Mutter gedacht. Und so manches Mal hatte sie über diese efeuumwachsene Mauer hinweggesehen, aber immer hatte das kleine Schloß still und verlassen dagelegen. Seit acht langen Jahren war der Besitzer fort und niemand wußte, wo er sich aufhielt. Elme erinnerte sich, daß dieser Besitzer ein großer, breitschultriger Mann gewesen war, der sie an sich drückte, ihr Schokolade und Spielzeug schenkte und oft in Werdenberg war.

Werdenberg!

Mit stiller Trauer dachte Elme an das große Gutshaus. Das hatte die Mutter so sehr geliebt! Und nun besaß es doch längst ein anderer! Der herrliche alte Park, die Kostbarkeiten, die das Schloß barg, die vielen Felder, Wälder und Wiesen!

Und dieser neue Besitzer hieß Dietrich von Rheinsbergh. Er lebte nicht dort und auch nicht im Schloß seiner Ahnen, er war in der Welt da draußen. Weit, weit fort. In Werdenberg saß ein Pächter, in Rheinsbergh hauste nur der alte Kastellan, der am Abend mit dem Lichte durch die vielen Zimmer ging und gewissenhaft kontrollierte, ob alle Fenster geschlossen seien. Und das sah dann immer so gespensterhaft aus, dieses huschende Licht in dem einsamen Schloß.

Elme von Dörring hatte oft hinüber gesehen, wenn sie am Fenster ihres Zimmers stand. Und dann dachte sie auch immer an diesen seltsamen Besitzer und warum er wohl da draußen in der Welt sei, er, der doch so unermeßlich reich war.

Und er war doch der Todfeind der Dörrings!

Ja, so und nicht anders hatte ihr Vater zu ihr gesagt. Und Elme wußte nicht, was vorgefallen sein mußte, daß der ehemalige Freund nun der Todfeind geworden war. Aber all das gab ihr seit frühester Kindheit ein schweres Rätsel auf, denn auch die Worte ihrer geliebten Mutter hatten sich ihr fest, ganz fest eingeprägt:

„Glaube es nicht, wenn man dir später einmal etwas Schlechtes von Schloß Rheinsbergh und seinem Besitzer erzählt. Dietrich von Rheinsbergh ist ein guter Mensch!"

Und Elme glaubte das, was die Mutter gesagt hatte. Glaubte es noch heute!

Aber dann kamen doch manchmal die Zweifel. Dietrich von Rheinsbergh hatte die Heimat der Dörrings an sich gebracht! Als er das tat, lebte die Mama nicht mehr, sie, die Schloß Werdenberg über alles geliebt hatte. Ob sie wohl auch heute noch so über Dietrich von Rheinsbergh denken würde, wenn sie alles wüßte?

Von diesem Grübeln hinweg glitten Elmes Gedanken zu dem Vater und damit zu dem, was sie vorhin gehört hatte.

Ludwig Hirchfeld!

Wieder stiegen Abscheu und Ekel in ihr empor. Ganz deutlich sah sie die fleischigen Finger mit den vielen Ringen; sie sah das rote, unangenehme Gesicht, sah die Augen, die einen bösen Blick hatten, und sie sah den Mund, der gewiß viel zu verschweigen hatte. Und diesem Manne sollte sie angehören? Weil sie ihm gefiel? Weil er sie sich kaufen konnte? Weil Hans von Dörring sein einziges Kind verhandeln wollte wie eine Ware und sich an diesem guten Geschäft wieder emporzuheben hoffte? Elme von Dörring warf den Kopf zurück. Das wundervolle, rotgoldene Gelock fiel wild durcheinander.

„Ich tue es nicht! Niemals!" —

„Elme!"

Des Vaters Stimme, der laut und gebieterisch in den Garten hineinrief, hörte sie.

Scheu strich drüben der große Leonberger am Hause hin und suchte sich vor den Blicken seines Herrn zu verbergen, denn oft genug mußte das Tier die schlechte Laune des Herrn büßen.

Und Elme dachte: Wie sie ihn alle fürchten! Menschen und Tiere! Und wie sie ihn gleichzeitig alle verachten! Und ich — ich hasse ihn!

„Elme!"

„Hier bin ich, Vater!"

Mit raschen, graziösen Schritten huschte Elme zu den Stufen der Terrasse, wo der Vater noch immer stand. Mißtrauisch glitt sein Blick über sie hin.

„Wo warst du? Ich liebe es nicht, wenn ich zweimal rufen muß. Das könntest du bald wissen."

Furchtlos sah sie ihn an.

„Ich war im Garten."

„So? Nun, ich habe mit dir zu reden. Hier herein, wenn ich bitten darf."

Er ließ ihr den Vortritt ins Gartenzimmer und folgte ihr dann, dabei die Tür mit hörbarem Ruck schließend.

Elme blieb am Kamin stehen; er warf sich in den breiten Sessel, daß dieser in allen Fugen krachte.

„Staß war bei mir."

„Ich weiß!"

„So? Nun, es hätte dir nichts geschadet, wenn du ihn wenigstens begrüßt hättest. Ich habe die Zügel zu locker gelassen, daher kommt es nun, daß du meine Freunde zu beleidigen wagst. Nun, es wird sich vieles ändern, hm, ja."

Er lachte unangenehm, hüstelte ein bißchen verlegen und sah sie dann durchbohrend an.

„Du wirst heiraten, Elme! Damit wir hier aus dem Dilemma herauskommen; damit wir endlich wieder in reichen, angenehmen Verhältnissen leben können. Und du, denke ich, wirst dich auch wohlfühlen, wenn du erst einmal recht prunkvolle Toiletten tragen kannst und bewundert wirst."

„Mir genügt das alte Haus hier und unser bisheriges Leben. Und nach kostbaren Toiletten habe ich mich noch nie gesehnt", sagte Elme und sah zu dem Vater hinüber.

Der lachte ärgerlich.

„Natürlich! Woher soll dir denn das Gefühl dafür auch gekommen sein! Doch ich sage dir: Dergleichen lernt man sehr schnell. Und wenn du erst verheiratet bist..."

(Fortsetzung folgt.)